

Günter Nooké, Berlin

(Text für Radiobeitrag im SFB 3 am 4. Februar 1996)

Die Mauer in den Köpfen - mentale DDR-Restauration am Beispiel Brandenburgs

Restauration kann übersetzt werden mit geistiger und kultureller Rückbesinnung auf überlebte Werte. Die These lautet: In den vergangenen fünf Jahren seit der deutschen Wiedervereinigung kam es zu einer Rückeroberung der nie wirklich verlorenen "realsozialistischen Köpfe".

Mir scheint das Fortleben alter DDR-Strukturen in den verschiedensten Bereichen gerade dadurch ermöglicht, weil es keine "Wende" in unserem Denken gegeben hat.

Wir Deutsche sind harmoniesüchtig; besonders im Osten nach zwei Diktaturen und ohne die 40jährige Pflichtübung der alten Bundesrepublik in demokratischer Auseinandersetzung. Eine politische Bildungsaufgabe lautet: Konfliktfähigkeit lernen und Streit um der Sache Willen austragen, statt ihn als persönlichen Angriff zu mißdeuten.

Das Beispiel Brandenburg zeigt: Wirklicher Streit sollte nicht sein.

Schon zu den ersten Landtagswahlen im Oktober 1990 schlossen Manfred Stolpe und der CDU-Spitzenkandidat Peter-Michael Diestel mehr öffentlich als real, ein "Fairnisabkommen". Auch wenn es nicht, wie allseits erwartet, zur großen Koalition kam, der *Brandenburger Weg* wurde eingeschlagen. Unter der verführerischen Überschrift von Toleranz und einer neuen politischen Kultur wollten wir, ich war ja dabei, mit allen freundlich umgehen - mit der Opposition, mit der PDS und sogar mit den alten Genossen, denn sie waren ja demokratisch gewählt.

Ist nicht sogar die Stasi-Debatte daran gescheitert, weil wir viel zu früh schon unangebracht viel Verständnis für Stasi-Spitzel und ihre besondere persönliche Situation aufgebracht haben? Mich grämen keine Einzelfälle. Mich ärgert, daß andere unsere Unerfahrenheit, das Mitgefühl gerade westdeutscher Journalisten und die Rufe nach Versöhnung und Gnade ohne Reue und Rechtsspruch schamlos für ihre eigenen Interessen ausnutzen konnten - sekundiert von einer schweigenden Mehrheit, der Ruhe und Ordnung weiterhin mehr Wert waren als Recht und Freiheit.

Im Landtag Brandenburg gab es nach der Auswertung der Bescheide des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes nur "Grenzfälle". Nur zwei Abgeordnete, beide aus meiner Fraktion, legten ihr Mandat nieder. Die Verschiebung festgelegter Kriterien begann nicht erst mit dem Fall Stolpe. Der war damals noch nicht einmal ein Grenzfall, sondern hatte gerade ein preußisch-deutsches Großereignis inszeniert. Im Sommer 1991 waren die sterblichen Überreste Friedrichs II. in der Königsgruft in Sanssouci beigesetzt worden. Dagegen ist wenig einzuwenden. Doch wir fragen ja, was in den Köpfen der Brandenburger vor sich gegangen sein könnte, was sie beeinflusst hat. Nach seinem großen Wahlsieg in Brandenburg am 11. September 1994 wird Manfred Stolpe selbst in der angelsächsischen Presse Monarch und Fürst genannt werden, ähnlich wie Kurt Biedenkopf König von Sachsen. Wichtig scheint mir die Vermutung, daß schon im Jahre 1991 im öffentlichen Unterbewußtsein Brandenburg eher als Stolpe-Monarchie, denn als streitbare Demokratie wahrgenommen wurde. Streit gibt es nur unterhalb des Monarchen. Er hält sich raus oder moderiert als weiser Landesvater, bestenfalls fällt er ein *salomonisches* Urteil. Zum Brandenburger Weg in Potsdam gehörte Toleranz. So wie der herrschende Souverän im Potsdam des 17. Jahrhunderts Andersgläubigen Toleranz, wörtlich Duldsamkeit, gewährte, so schien es in Potsdam am Beginn der 90er Jahre des 20. Jahrhunderts immer noch mehr um das Dulden der anderen

Meinungen zu gehen, als das erkannt gewesen wäre, welche andere Qualität die Gleichheit aller vor dem Gesetz in einem demokratischen Rechtsstaat darstellt. Ein aufgeklärter Absolutismus Friedrichs II. hat anderen Glauben und andere Meinungen *zugelassen*, die Demokratie *lebt* davon. Das Land Brandenburg, für Sachsen gilt wohl ähnliches, hatte endlich seinen *guten* und *sympathischen* Fürsten wieder, der, was immer auch geschehen mag, für *seine* Brandenburger sorgen wird.

Dies alles war schon Teil einer öffentlichen Bewußtseinslage, als Manfred Stolpe, keine drei Wochen nach-Öffnung der Stasi-Akten, über einen SPIEGEL-Vorabdruck seine konspirative Zusammenarbeit mit dem MfS mitteilt. Nicht die Tickermeldung über Gespräche mit der Staatssicherheit war für mich beunruhigend. Die entscheidende Meldung bestand darin, daß Manfred Stolpe diese Herren, an denen auch die Kirche wie jeder-Kaderleiter nicht gänzlich vorbeikam, nicht in seinem Dienstzimmer empfangen hatte, sondern ihnen in konspirative Wohnungen des MfS gefolgt war, ohne das auch nur ein anderer davon gewußt hätte.

Von Beginn an war eine kontinuierliche Verschiebung der öffentlichen Akzeptanzschwelle, was Kontakte zur Staatssicherheit betraf, zu beobachten. Wer sich ohne Wissen anderer mit der Stasi traf, in der Sprache des MfS konspirativ, in der nachträglichen Interpretation oft vertraulich genannt, und über andere ohne deren Wissen Interna berichtete, war ein Stasi-Spitzel. Das war Konsens zu DDR-Zeiten.

Das öffentliche Bewußtsein erreichte die Debatte um die MfS-Kontakte von Manfred Stolpe unvorbereitet. In den zurückliegenden Jahren als Kirchenmann und in den vergangenen 15 Monaten als ostdeutscher Ministerpräsident war ein fast unheimliches Vertrauen zur Person Manfred Stolpe entstanden. Selbst Marianne Birthler, Rainer Eppelmann und Joachim Gauck halten es an jenem 20. Januar 1992 für unvorstellbar, daß Manfred Stolpe mit dem Staatssicherheitsdienst der DDR zusammengearbeitet haben könnte. Alle wußten, keiner hatte so heikle Themen zwischen Staat und Kirche zu besprechen wie Manfred Stolpe. Auch ich will die gute Zusammenarbeit mit Manfred Stolpe in der Regierungskoalition nicht aufs Spiel setzen. Aus Westdeutschland kommen Ehrenerklärungen von Bundespräsident Richard von Weizsäcker und vielen führenden SPD-Politikern. Nur die CSU in Bayern fordert Stolpes Rücktritt. Als dann an jenem Montagabend Heinz Klaus Mertes in der ARD-Sendung REPORT aus München vor Millionen von Fernsehzuschauern dem Ministerpräsidenten - "in die Augen gesagt" - den baldigen Rücktritt prophezeit, da ist die Solidarisierung der Brandenburger mit *ihrem* Ministerpräsidenten perfekt. Viele Menschen in Ostdeutschland fühlen sich solidarisch. Mit der Wende waren zwar die SED-Machthaber gestürzt worden. Aber es kann sich doch keiner von den alten westdeutschen "Revanchisten aus der Ecke eines Franz Joseph Strauß" anmaßen, uns Ostdeutschen vorzuschreiben, wer in der neuen Demokratie unser Vertrauen verdient.

Zu Beginn des Jahres 1992 war die Euphorie über die deutsche Vereinigung vorüber, die Mühen der Ebene hatten begonnen. Beim Zusammenwachsen hatten die meisten eigene Erfahrungen mit den "Westdeutschen" gemacht. Die Treuhandanstalt hatte die ersten unrentablen Betriebe geschlossen. Nicht was zusammengehört, sondern was unterschiedlich war, wurde verstärkt wahrgenommen. Die Menschen in der ehemaligen DDR hatten andere Lebensgewohnheiten entwickelt. Sie erkannten sich an der Sprache. In 40 Jahren DDR entstanden andere, eigene Identifikationsfiguren, die gerade ins öffentliche Bewußtsein zurückkehrten. - Es ist diese emotionale Befindlichkeit, die in diesen Tagen in Manfred Stolpe *ihre* Symbol- und Leitfigur schlechthin findet. Auf dem emanzipatorischen Weg in eine demokratische Gesellschaft geschieht der Rückfall in die ostdeutsche Schicksalsgemeinschaft. Manfred Stolpe muß *seine* Brandenburger gar nicht beschwören, *sie stehen zu ihm*. Und wer

sollte es ihnen nach soviel Umbruch und Unsicherheit auch verdenken. In Potsdam werden an jenem 20. Januar 1992 der SPIEGEL und die BILDZEITUNG nicht viel häufiger verkauft als sonst. Von 20 Befragten in Potsdam fordert nur ein einziger, ein älterer Mann, Stolpes Rücktritt. Dieses Verhältnis bleibt die ganze, zweieinhalb Jahre währende Debatte über konstant.

Eine gefährliche Halbwahrheit beginnt in diesen Tagen ihren Siegeszug durch alle Stasi-Debatten, Kommentare und Leserbriefseiten. Sie lautet: Ich habe niemandem geschadet. Gemeint ist damit: Ich habe niemandem *persönlich* geschadet. Auch das ist in vielen einzelnen Fällen gelogen. Mit Schaden ist ja nicht nur physischer Schaden gemeint, sondern auch den anderen verraten, ihm Nachteile zufügen oder einfach nur abfällig über ihn reden. Daneben gab es Personen, an denen hatte die Staatssicherheit gerade nicht wegen konkreter Einzelfälle Interesse, sondern um die Gesamtlage zu stabilisieren, zu kontrollieren und in ihrem Sinne strategisch zu beeinflussen. Zu diesen Personen gehörte Manfred Stolpe.

Wer für sich verantwortungsethisches Handeln beansprucht, muß sich die Frage gefallen lassen, ob eine Entschuldigung und Rechtfertigung mit der Stereotype, man hätte niemandem geschadet, nicht etwas infantil wirkt und im Grunde nur deutlich macht, daß derjenige, der so redet, sich gerade *nicht* über die weiterreichenden Folgen seines Verhaltens bewußt war. Vor Gericht gilt selbstverständlich, daß der individuelle Beitrag *zur Straftat* nachgewiesen werden muß. Aber hier wird nach der individuellen Verantwortung *in der Gesellschaft* gefragt. Hier geht es überhaupt nicht um die *Verurteilung* des Einzelnen. Ob jemand jemandem geschadet hat, ist die unzulässige *juristische* Verkürzung eines eminent *politischen* Sachverhalts. Während der ganzen Stasi-Diskussion ist kaum deutlich geworden: Ein - mangels Beweise oft unberechtigter - *juristischer* Freispruch und auch der "Persilschein" der Behörde des Bundesbeauftragten ist nicht die nachträgliche Legitimation zweifelhaften politischen Verhaltens! Eine für Ostdeutsche *und* Westdeutsche gleichermaßen unangenehme Frage ist, wie der Einzelne in seiner ganz konkreten Position seine Freiräume und Handlungsmöglichkeiten in der einen oder in der anderen Richtung, zur Stabilisierung von Unrecht und Unrechtsregime oder für mehr Ehrlichkeit und Offenheit, also zur Veränderung des Systems genutzt hat. Wenn über diese Probleme nicht öffentlich gesprochen wird, entsteht der Eindruck, der Einzelne könne sowieso nichts ausrichten. Der Eindruck ist m. E. damals wie heute falsch. Oder anders, er ist nur richtig, wenn alle so denken, denn dann gibt es nur den einen (verrückten) Einzelnen.

Die "Verschleppungsidee" eines Untersuchungsausschusses hatte intern zuerst der ehemaligen Leiter der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland in der DDR, Brandenburgs Justizminister Bräutigam. Parlamentarisch wurde sie vom damaligen CDU-Fraktionsvorsitzenden Peter-Michael Diestel auf den Weg gebracht. Vorgesessen hat diesem Untersuchungsausschuß der PDS-Bundessvorsitzende Lothar Bisky, weil die PDS demokratisch an der Reihe war - welche Naivität von uns. Biskys IM-Tätigkeit wurde erst vor kurzem bekannt, aber intern galt er wohl schon damals als die beste Besetzung.

Diese Namen sind entscheidend für eine die bundesweite Öffentlichkeit bestimmende Debatte zu Stasi, Staat-Kirche-Verhältnis und DDR-Vergangenheit. Ohne daß Absprachen nötig gewesen wären, ergänzen sich die einzelnen Interessenlagen. Verständlicherweise kämpft Manfred Stolpe in eigenem Interesse und für so manchen Oberkirchenrat und Bischof. Schließlich entzieht sich sein Fall ja wirklich allen herkömmlichen Mustern und verdient eine differenzierte Beurteilung. Da die Brandenburger hinter ihm stehen, sieht auch seine Partei, die SPD keinen Grund, kritische Stimmen zuzulassen. Der letzte Innenminister der DDR, Peter-Michael Diestel steht wie damals zu seinen Leuten und jetzigen Mandanten. Professor Bisky weiß, wenn Stolpe bleibt, bleibt meine Partei und die Genossen. Als Partei konnte nur die PDS die neukonstituierte ostdeutsche Schicksalsgemeinschaft und die Gefühle von Larmoyanz und

vermeintlicher "Erniedrigung" durch die "bösen Westdeutschen" wahltaktisch nutzen und in Stimmengewinne ummünzen. Nebenher ist Minister Bräutigam aktiv - zur Stützung seines Ministerpräsidenten und für die vielen westdeutschen Freunde und Politiker, die selbst als Gorbatschow schon regierte, lieber nur mit der SED Termine verabredeten, als sich *auch* für die Ansichten der Opposition zu interessieren.

Von Brandenburg ging ein Rechtfertigungskartell aus, das all jene begünstigt, die an die Ewigkeit der DDR glaubten und sich deshalb so verhielten, wie sie sich verhalten haben. Daß Freiheit, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und die wiedererlangte Einheit der Nation einen unschätzbaren Wert haben, erreicht das öffentliche Bewußtsein dagegen nicht mehr. Störende Akten und Fakten werden nach Belieben uminterpretiert. Eine oberste Bundesbehörde, eine demokratische Institution, darf "Großinquisitor" genannt werden; ihre Rechercheergebnisse aber werden nicht zur Kenntnis genommen. In den Abschlußbericht des Stolpe-Untersuchungsausschusses gehen sie überhaupt nicht mehr ein.

Wir erleben die Konstruktion einer Wirklichkeit. Medienwirksam stecken Potsdamer Frauen und Männer, vornehmlich aus Stolpes evangelischer Hausgemeinde, Blumen an den Zaun der Staatskanzlei: Mutmachen zum Durchhalten. Autoritäten, Bischöfe aus dem Osten und bundesdeutsche Politiker, wie Helmut Schmidt und Hans-Dietrich Genscher, haben vortrefflich inszenierte Medienauftritte und nehmen dem Mann und der Frau auf der Straße das Lesen der Akten ab. "Man" glaubt den Autoritäten, statt sich eine eigene Meinung zu bilden. Es ist jene Zeit in der Peter-Michael Diestel nach Verlust seines Fraktionsvorsitzes mit Gregor Gysi und Stefan Heym die Komitees für Gerechtigkeit gründet. Auch das ein DDR-Restaurations-Meilenstein.

Am 23. Oktober 1992 sollen vor dem Untersuchungsausschuß die Vorgänge um die Verleihung der Verdienstmedaille an Manfred Stolpe geklärt werden. Die Führungsoffiziere machen einander widersprechende Aussagen. Nebenbei werden noch zwei MfS-Geschenke für Manfred Stolpe im Wert von mehreren Tausend Mark ans "Tageslicht" gefördert. Aber das alles stört kaum. Ministerpräsident Manfred Stolpe ist zwar auch selbst am Vor- und Nachmittag vor den Untersuchungsausschuß geladen, aber in der Mittagssonne führt er die englische Königin durch Sanssouci und fährt mit der Queen in vornehm angespannter Kutsche zum Festmahl ins Neue Palais. Geladen waren - das Protokoll hat in Potsdam immer funktioniert - auch die Fraktionsspitzen. Ein Ausschußmitglied der CDU bildet an diesem Tag für beides, die Zeugenvernehmung im Landtag und das königliche Mahl, die Kulisse. Dabeisein ist alles. Die Abendnachrichten sind für unbeteiligte Normalbürger *und* politisch Engagierte gleichermaßen nicht mehr nachvollziehbar.

Ende Oktober 1992 will Marianne Birthler nicht mehr Lehrer wegen MfS-Kontakten entlassen und gleichzeitig zu den viel schwerwiegenderen Vorwürfen gegen ihren Kabinettschef Stolpe schweigen. Innerlich habe ich da schon resigniert, die öffentliche Meinung bewegen wir nicht mehr. Als ich den Rücktritt, den ich verstand und dessen Begründung ich im Gegensatz zu meiner Fraktion teilte, mißverständlich eine persönliche, aber hochpolitische und verantwortungsbewußte Entscheidung Marianne Birthlers nenne, wird daraus in der Presse die persönliche *Gewissensentscheidung* der *Bürgerrechtlerin* Birthler.

Anfang März 1993 verweigern eingeladene Bürgerrechtler die Aussage vor dem Untersuchungsausschuß. Sie erklären den Ausschuß - natürlich nicht ganz zu Unrecht - für befangen: Er diene nicht der Wahrheitsfindung sondern der Verschleierung. Allerdings werden damit auch zwei Klischees bedient: Erstens das vom politikunfähigen Bürgerrechtler und zweitens, die demokratischen Institutionen funktionieren nicht, selbst in den Augen derer, die

Demokratie und Rechtsstaatlichkeit erkämpft haben. Was sie noch sagen, wird nicht gehört. Das ist auch gar nicht nötig, denn man sprach ja schon lange von der *sogenannten* Demokratie.

Zum Sommer 1993 verfaßt ein bundesdeutscher Altlinker und Verteidiger von Stasi-Offizieren für den Ausschuß einen Zwischenbericht, der *ohne irgendeine* Diskussion mehrheitlich beschlossen wird. Wozu auch, er paßte politisch.

Zur selben Zeit äußert der SPD-Landesvorsitzende Steffen Reiche, daß er gegen die Direktwahl der Bürgermeister ist, weil es keinen Anreiz mehr gäbe, in eine Partei einzutreten, wenn sie nicht auch die Posten vergibt.

Die Koalition aus SPD, FDP und Bündnis-Fraktion bricht Ende März 1994 nicht wegen der unterschiedlichen Meinungen zur Vergangenheit Manfred Stolpes, sondern weil Manfred Stolpe eine offensichtlich unwahre Aussage vor dem Untersuchungsausschuß vorgehalten wird. Es zeigt sich: auch demokratische Mehrheiten folgen leichter den Gesetzen der Macht als denen der Logik. Wir haben jetzt den Punkt erreicht, wo offen eingestanden wird, daß einige, im konkreten Fall könnte man auch sagen die Mächtigen, vor dem Gesetz Sonderrechte genießen. Manche sind eben auch im Rechtsstaat *gleicher* als andere. Ich werde seit dem Tag des Lügenvorwurfs, also als es wirklich wieder um die Macht ging, "*Bürgerrechtler*" genannt. Es folgt noch eine "Zersetzungsmaßnahme" der SPD-Fraktion zur Isolierung meiner Person in unserer Fraktion. Sie ist nicht wirklich erfolgreich, übrigens nicht zuletzt dank eines Briefes von Marianne Birthler an alle Abgeordneten und Minister unserer Fraktion. Da wir beide uns nach den unterschiedlichen Wegen mit und ohne die Grünen politisch auseinandergeliebt hatten, war ihre Unterstützung keineswegs selbstverständlich. Aber so wie früher in der DDR-Opposition trafen wir uns in der Beurteilung einer politischen Situation und der Interessen Manfred Stolpes, der diesmal nicht seine Kirchenleute schicken ließ, sondern die SPD-Genossen.

Es folgt eine leidenschaftliche, persönlich und parteipolitisch motivierte Auseinandersetzung über Neuwahlen, die der weiter amtierende Ministerpräsident, welcher der Grund des Konfliktes war, "Affentheater" nennt.

Fazit: Alle Schubladen besetzt, Instrumente vorgeführt und die Bereitschaft zum Einsatz demonstriert. Politik ist "Affentheater". Bloß gut, daß da noch der absolut herrschende Monarch ist, der für Ordnung sorgt.

Und: Man wußte wieder, wer im Zweifelsfall mitspielt und wer nicht.

Was in der parlamentarischen Abschlußdebatte zum Bericht des Untersuchungsausschusses am 16. Juni 1994 im Landtag folgte, hatte nur noch dokumentarischen Charakter und kann nachgelesen werden.

Politisch hatten wir, da Stolpe im Amt blieb, die Diskussion um Stasi und SED-Staat verloren. Diese Niederlage war nicht auf Brandenburg beschränkt. Einen Tag später wird im Bundestag in Bonn der Bericht der Enquete-Kommission zur SED-Diktatur, wozu soeben die Dokumente erschienen sind, diskutiert. Ein Lichtblick für die *historische* Aufarbeitung. Dazwischen liegt die *juristische*. Sie wird ein halbes Jahr später von Stolpe und Bräutigam - ebenfalls via SPIEGEL - auf den Brandenburger Weg gebracht und wurde unter den Begriffen Amnestie und Schlußgesetz diskutiert.

Zum Abschluß nur eine "Kostprobe" aus der Plenardebatte am 16. Juni 1994 in Potsdam, nach der mir Diestel sagte, "jetzt klage ich alle zurück, die wegen MfS-Vorwürfen aus dem öffentlichen Dienst ausscheiden mußten".

Die ehemalige FDP-Abgeordnete Rosemarie Fuchs erklärt, was sie unter Spaltung versteht: Zitat: "Man versucht einen Keil zu treiben zwischen Herrn Stolpe und die Brandenburger,

deren Interessen er so überzeugend vertritt. Wer dies tut, der riskiert die innere Spaltung Brandenburgs." Die innere Spaltung geschieht nicht zwischen Ost und West, die Spaltung der Bevölkerung geschieht - in die entlarvende Sprache des Dritten Reichs übersetzt -, wenn ein Keil zwischen "Führer" und "Volksgemeinschaft" getrieben wird.

Im April 1995 zieht die Evangelische Kirche vorerst den Vorhang dieser großen Inszenierung zu und - *entzieht sich ihrer Verantwortung*. Obwohl das Votum des Vorprüfungsausschusses der EKD in eindeutiger Form Stolpe mehrfach Verstöße gegen kirchliches Recht bescheinigt, diese mißbilligt und im deutlichen Gegensatz zur zentralen Argumentation des Potsdamer Untersuchungsausschusses festgestellt wird, daß es *keinen* kirchlichen Auftrag für Gespräche mit dem MfS gab, werden keine Konsequenzen gezogen. Stattdessen gibt es Rechtfertigungsversuche und eine "Würdigung der gesamten Wirksamkeit von Dr. Stolpe" durch den Berlin-Brandenburger Bischof Huber, der - diesmal aus Baden-Württemberg kommend - uns erklärt, was "diktatorspezifische Verhaltensweise" und "geschichtliche Blindheit" sind.

Ich weiß, daß die Verhältnisse anders sind, und doch. Das hatten wir doch schon mal: Alles deckeln, nicht anlegen mit den Mächtigen, schon gar nicht, wenn sie von der gleichen Partei kommen. Das politische Credo der Evangelischen Kirche in der DDR, an deren "politischer" Spitze der Kirchenjurist Manfred Stolpe stand, hieß schon damals: Konfliktvermeidung, Konfliktminimierung, Konfliktverschleierung. Doch so leicht ist Verantwortung nicht zu beschreiben.

Öffentlich übernimmt wieder Stolpe selbst die Interpretation, indem er sagt, er sieht sich bestätigt. Der kirchliche Text widerspricht ihm zwar mehrfach, weil er Fakten anerkennt und sachbezogen argumentiert. Aber auch im April 1995 reicht es in der Öffentlichkeit, wenn Ministerpräsident Dr. Stolpe und Herr Bischof Dr. Huber sagen, da ist nichts und da war nichts.

Als bisher letztes war im Dezember 1995 aus Brandenburg Folgendes zu hören: Bisky, konfrontiert mit den ihn als IM belastende Unterlagen, antwortet, es ginge im Grunde nicht um ihn sondern um Stolpe und schiebt das Problem einfach weg. Daß es jemals - zu DDR-Zeiten, in den letzten fünf Jahren oder heute, insbesondere wenn es einen selbst betrifft - um persönliche Verantwortung ging, ist nicht mehr vorstellbar.

Am 8. Oktober 1989, als es mit der DDR zu Ende ging, sagte der damalige Berliner Generalsuperintendent Günter Krusche, "Ruhe ist die erste Bürgerpflicht".

Für Ruhe sollen alle per Dekret verantwortlich gemacht werden. Wer solchem Aufruf aber widerspricht und individuelle Verantwortung wahrnimmt, gilt als Unruhestifter.

Ich will nicht verhehlen, daß ich zutiefst davon überzeugt bin, daß auch heute noch der Streit um den richtigen Weg lohnt und Unruhe sehr produktiv sein kann. Es beginnt immer mit der eigenen Meinung und nicht mit den Autoritäten.

Berlin, 7. Januar 1996